Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6529**
17. Wahlperiode 07. 07. 2011

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Genehmigung zur Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- keine Genehmigungen zur Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien zu erteilen,
- bereits erteilte Genehmigungen für die Lieferung von Kampfpanzern und anderen Kriegswaffen an Saudi-Arabien zu widerrufen,
- Genehmigungen des Bundessicherheitsrats für den Export von Rüstungsgütern dem Bundestag zeitnah bekannt zu machen.

Berlin, den 7. Juli 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Eine Lieferung von Kriegswaffen ist mit den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nicht vereinbar. Saudi-Arabien liegt derzeit in einem Spannungsgebiet. Mit seiner Intervention in Bahrain hat Saudi-Arabien zur gewaltsamen Niederschlagung der Reformbewegung beigetragen. Saudi-Arabien hat eine verheerende Menschenrechtsbilanz. Durch den Export würden bestehende Spannungen im Nahen Osten verschärft und ein Wettrüsten befördert. Es besteht die Gefahr, dass die Rüstungslieferungen zur inneren Repression und zu fortdauernden Menschenrechtsverletzungen verwendet werden. Eine ähnliche Intervention kann sich jederzeit innerhalb der Länder des Golf-Kooperationsrates wiederholen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333